

N i e d e r s c h r i f t

über die 49. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur
am 2. Oktober 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes und zur Einführung eines hochschuleigenen Ordnungsrechts**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3645](#)

Fortsetzung und Abschluss der Beratung 4

Beschluss 4

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Einzelplan 20 - Hochbauten

Fortsetzung und Abschluss der Mitberatung 5

3. Das Kulturfördergesetz endlich konsequent umsetzen und die Weiterentwicklung gestalten!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6801](#)

Planung einer Anhörung 6

4. Niedersachsen darf nicht weiter Schlusslicht sein: Medizinstudienplätze endlich konsequent ausbauen - Ärztemangel in Niedersachsen langfristig bekämpfen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8215](#)

Beginn der Beratung, Verfahrensfragen 7

5. Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken - Bürgerkultur statt Soziokultur

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/8216](#)

Beginn der Beratung, Verfahrensfragen 8

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Jessica Schülke (AfD), Vorsitzende
2. Abg. Antonia Hillberg (SPD)
3. Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD)
4. Abg. Sebastian Penno (SPD)
5. Abg. Tim Julian Wook (i. V. d. Abg. Ulf Prange) (SPD)
6. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
7. Abg. Annette Schütze (SPD) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
8. Abg. Jörg Hillmer (CDU)
9. Abg. Cindy Lutz (CDU) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
10. Abg. Martina Machulla (CDU)
11. Abg. Lukas Reinken (CDU)
12. Abg. Oliver Schatta (CDU)
13. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
14. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE)

Zeitweise übernehmen stellv. Vors. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE) sowie Abg. Martina Machulla (CDU) die Leitung der Sitzung.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Messling.

Niederschrift:

Ministerialrätin Dr. Kresse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:20 Uhr bis 10:55 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes und zur Einführung eines hochschuleigenen Ordnungsrechts

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3645](#)

erste Beratung: 34. Plenarsitzung am 13.03.2024

federführend: AfWuK

mitberatend: AfRuV

zuletzt beraten: 48. Sitzung am 18.09.2025

Fortsetzung und Abschluss der Beratung

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD) schlägt vor, über eine Beschlussempfehlung zu dem Gesetzentwurf abzustimmen, wie es die CDU-Fraktion bereits in der 48. Sitzung beantragt habe.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) erklärt, so wie in der 48. Sitzung sei die CDU-Fraktion auch heute abstimmungsbereit.

Beschluss

Der - federführende - **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

Dieser Beschluss ergeht vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD).

Tagesordnungspunkt 2:

- a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Zu a) erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025

federführend: AfHuF

mitberatend: ständige Ausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 27.08.2025

federführend: AfHuF

mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

zuletzt beraten: 48. Sitzung am 18.09.2025 (Beginn der Mitberatung)

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Einzelplan 20 - Hochbauten

Fortsetzung und Abschluss der Mitberatung

Abg. **Lukas Reinken** (CDU), Abg. **Jessica Schülke** (AfD) und Abg. **Martina Machulla** (CDU) stellen Informationsfragen zu einigen Haushaltsposten und zur Mipla, die von den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet werden.

*

Damit schließt der - mitberatende - **Ausschuss** die Haushaltsberatungen ab.

Tagesordnungspunkt 3:

Das Kulturfördergesetz endlich konsequent umsetzen und die Weiterentwicklung gestalten!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6801](#)

erste Beratung: 63. Plenarsitzung am 27.03.2025

federführend: AfWuK

mitberatend: AfluS; AfWVBUd

vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UATourismus

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuf

zuletzt beraten: 48. Sitzung am 18.09.2025 (Beschluss einer Anhörung)

Planung einer Anhörung

Der - federführende - **Ausschuss** legt den Kreis der Anzuhörenden für die für den 27. November 2025 nach dem Schlüssel 2 : 2 : 1 : 1 vorgesehene Anhörung fest und beschließt, den Mitgliedern der mitberatenden Ausschüsse für Inneres und Sport, für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung und für Haushalt und Finanzen sowie des an der Beratung beteiligten Unterausschusses „Tourismus“ die Teilnahme an der Anhörung anheimzustellen und ihnen ein Rede- und Fraugerecht gemäß § 94 Abs. 2 GO LT einzuräumen.

Seitens der Fraktionen werden folgende anzuhörende Institutionen bzw. Verbände benannt:

SPD und Grüne:

- Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände e. V. (akku)
- Arbeitsgemeinschaft der Landschaften und Landschaftsverbände (ALLviN)
- Kommunale Theater und Landesbühnen in Niedersachsen

CDU:

- Landesverband der Kunstschenlen Niedersachsen e. V.
- Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e. V.

Abg. **Jessica Schülke** (AfD) sichert zu, den Vorschlag für die AfD-Fraktion am 6. Oktober nachzureichen.

Tagesordnungspunkt 4:

Niedersachsen darf nicht weiter Schlusslicht sein: Medizinstudienplätze endlich konsequent ausbauen - Ärztemangel in Niedersachsen langfristig bekämpfen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8215](#)

erste Beratung: 72. Plenarsitzung am 12.09.2025

federführend: AfWuK

mitberatend: AfSAGuG

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuf

Beginn der Beratung, Verfahrensfragen

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) verweist auf die ausführliche Debatte im Plenum im Rahmen der ersten Beratung und schlägt vor, zunächst die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag zu bitten.

*

Der - federführende - **Ausschuss** bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen.

Tagesordnungspunkt 5:

Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken - Bürgerkultur statt Soziokultur

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/8216](#)

erste Beratung: 72. Plenarsitzung am 12.09.2025

federführend: AfWuK

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Beginn der Beratung, Verfahrensfragen

Abg. **Jessica Schülke** (AfD) verweist auf die ausführliche Debatte im Plenum im Rahmen der ersten Beratung des Antrags und schlägt vor, zunächst die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag zu bitten.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) erklärt, grundsätzlich seien die Koalitionsfraktionen mit einer Unterrichtung durch die Landesregierung einverstanden, allerdings hielten sie eine schriftliche Unterrichtung für ausreichend.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) teilt mit, auch aus Sicht der CDU-Fraktion sei eine schriftliche Unterrichtung ausreichend; die darin enthaltenen Informationen könnten dann alle Fraktionen in ihre Beratungen mitnehmen.

Abg. **Jessica Schülke** (AfD) erwidert, sie würde eine mündliche Unterrichtung präferieren, aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse werde es dann wohl auf eine schriftliche Unterrichtung hinauslaufen.

*

Der - federführende - **Ausschuss** bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.
